

Conradin Cramer – der Bestgeeignete!



von Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein

Liebe Mitglieder der Liberal-Demokratischen Partei Basel-Stadt
 Liebe Sympathisantinnen
 Liebe Sympathisanten
 Am 8. März 2016 haben wir in einer sehr gut besuchten Parteiversammlung Conradin Cramer zu unserem Kandidaten für die Regierungswahlen vom kommenden Oktober gewählt. Wir haben eine ausgezeichnete Wahl getroffen. Wir verfolgen zwei Ziele: Die LDP soll auch nach der Aera Christoph Eymann im Regierungsrat vertreten sein, und wir streben gemeinsam mit FDP, CVP und SVP eine bürgerliche Mehrheit in der Regierung an. Ich bin überzeugt,

dass Conradin Cramer mit unserer Unterstützung die Wahl in den Regierungsrat mit Bravour schaffen wird!
 An dieser Parteiversammlung, und auch danach, bin ich oft gefragt worden, weshalb ich nicht für das Regierungsam kandidiere. Gerne lege ich Ihnen auch an dieser Stelle meine Gründe dar, dieses Amt nicht anzustreben. Nach wie vor habe ich Freude, politisch tätig zu sein. Im Grossen Rat wirke ich



gerne mit, auch als Mitglied der Finanzkommission. Und ausgesprochen gerne bin ich

Parteipräsidentin. Ich versuche, unsere Liberal-Demokratische Partei Basel-Stadt erfolgreich zu führen. Unser ausgezeichnetes Resultat bei den Nationalratswahlen ist eine grosse Freude und Anerkennung. Auch in der Tagespolitik erleben wir immer wieder Erfolge, trotz unserer Minderheitsposition. Wir sind auf der Erfolgsspur. Dort noch weiter zu kommen ist mir wichtig, dafür setze ich mich auch in Zukunft ein.

Seit Jahrzehnten bin ich in verschiedenen Organisationen ehrenamtlich in leitenden Funktionen tätig. So präsidiere ich den Verein für Kinderbetreuung Basel, den Förderverein der Musikakademie Basel, engagiere mich für die Basler Madrigalisten und seit kurzem bin ich Präsidentin der Pro Senectute beider Basel. Diese Aufgaben erachte ich als wichtig. In guter Basler Tradition haben hier schon viele Liberale erfolgreich mitgewirkt. Nicht zuletzt bin ich Mutter von zwei Kindern, die beide noch in Ausbildung sind. Ich möchte diese auf dem Weg in ihr selbständiges Leben unterstützen und begleiten können. Zeit möchte ich aber auch für meine Eltern haben und für jene Menschen und Aktivitäten, die Lebensqualität und ein gesundes Gleichgewicht ausmachen. All diese Aufgaben seriös wahrzunehmen ergibt für mich

Abschied und Dank Christine Wirz-von Planta

Christine Wirz-von Planta hat in ihrer langen politischen Karriere einzig den Bundesrat ausgelassen. Nationalrat, Grosser Rat und Bürgergemeinderat hat sie nicht nur einfach erlebt, sondern mit ihrer grossen Erfahrung und ihrer sympathischen, zurückhaltenden, aber immer engagierten und klaren Art mitgeprägt. Vierzehn Jahre hat sie die LDP-Fraktion geführt, keine andere Partei kann diese Kontinuität im Fraktionspräsidium vorweisen. Das spricht für sie ebenso wie für die LDP, die einzige Partei, die für Christine, eine zutiefst überzeugte Liberale, als politische Heimat überhaupt je in Frage kam.

Christine Wirz-von Planta wäre in England längst „Dame Christine“, und würde nun vom Unterins Oberhaus wechseln. Sie hat sich um Soziales und Kultur verdient gemacht, sie hat mit Herzblut politisiert, nie um der Selbstdarstellung Willen, sondern immer für, oder manchmal eben auch gegen eine Sache. Ihr grösster Erfolg war ein Anzug, der dann zur Universität beider Basel geführt hat. Dass die Sozialhilfe der Bürgergemeinde mit einem knappen Entscheid weggewonnen wurde, nennt sie ihre schmerzlichste Niederlage. Aber, auch das zeichnet Christine aus, sie hat ihre politische Arbeit immer als Privileg empfunden. Als Möglichkeit, unterschiedlichste Menschen kennen und verstehen zu lernen, als Lebensschule um Wesentliches von Unwichtigem zu unterscheiden, Zusammenhänge zu erkennen und sich bei allem Handeln die Frage nach der Verantwortung und den Konsequenzen zu stellen. Und, ihr Credo, immer die Balance zwischen Fördern und Fordern zu finden.

Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt

Conradin Cramer – der Bestgeeignete!	1
Abschied und Dank Christine Wirz-von Planta	1
Der Kandidat erklärt sich: Die Fusstapfen sind gross - doch ich bin bereit	2
RR-Wahlen 2016: Ein neues Team für Basel-Stadt	3
BKB und BVB: Verantwortung klar definieren!	4
Neues AUE-Gebäude: Eher Nein	4
Nominationsversammlung vom 8. März	6
Milchkuh-Initiative: Wohin geht künftig die Milch?	6
PID zum zweiten: Auch das Gesetz verdient ein Ja	7
Asylgesetz-Revision: Ja zu beschleunigtem Verfahren	9
Fasnacht = Weltkulturerbe? Auch dank LDP möglich	9
«Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»:	
Ein „fauler“ Gesellschaftsvertrag	8
Volksinitiative «Pro Service public»: Falsche Anreize	9
LDP Riehen/Bettingen: Schwung holen	10
LDP-Podium beklagt Stolpersteine für Ältere und Behinderte in der Innerstadt	10
JLB: Positiver Blick zurück – optimistisch voraus	11
Unnötiges Dauerbasteln am Wahlgesetz	12
Auch kleine Sorgen sind Sorgen	12

bereits ein volles Pensum. Ich bin sehr froh, dass wir in der LDP genügend qualifizierte und starke Persönlichkeiten haben, die wichtige Aufgaben übernehmen können. Dass es Mitglieder gibt, die es bedauern, dass ich nicht kandidiere, ehrt mich und ich danke allen, die sich mit entsprechenden Botschaften an mich gewendet haben. Meine Freude über die Kandidatur von Conradin Cramer ist echt und ich bin als Präsidentin sehr zufrieden mit diesem Entscheid der Parteiversammlung. Zur gemeinsamen Regierungsliste mit CVP, FDP und SVP: Wenn unser Ziel eine bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat ist, kann dies nur mit allen bürgerlichen Kräften gemeinsam gelingen. Das bedeutet nicht, dass wir mit der SVP fraternisieren. Wir grenzen uns

ganz klar ab und verharmlosen deren politische Aktivitäten wie Masseneinwanderungsinitiative, Durchsetzungsinitiative etc. in keiner Weise. Wir haben aber auf Kantonsebene in sachpolitischen Fragen gewisse Gemeinsamkeiten. In der Finanzpolitik, in der Verkehrspolitik und in der Wirtschafts- und Steuerpolitik haben wir bereits in der Vergangenheit gut zusammen gearbeitet. Das gilt auch für den Bürgerrat und den Bürgergemeinderat und, zum Teil, auch für die Politik in Riehen. Die LDP bleibt selbständig, sich selber und ihren Grundsätzen treu. Sie nimmt für sich in Anspruch, auch nach dem Entscheid für diese Viererliste, in Zukunft die SVP kritisieren zu dürfen. So, wie wir auch andere Parteien kritisieren, die aus liberaler Sicht falsche Ziele verfolgen.

Das gemeinsame bürgerliche „Ticket“ ist auch deshalb nötig, weil die Linke den Bogen krass überspannt und gleich fünf der sieben Regierungssitze anstrebt. Dass sich die SP dabei mit Kräften verbindet, die erklären, gegen Unternehmen mit Sitz in Basel demonstrieren zu wollen, ist befremdend. Ich bitte Sie und lade Sie herzlich ein, den Entscheid unserer Parteiversammlung, bei den Regierungsratswahlen zu viert mit Conradin Cramer, Baschi Dürr, Lukas Engelbereger und Lorenz Nägelin anzutreten, mitzutragen und nach Kräften zu unterstützen. Wir brauchen Ihren Einsatz, um wieder in der Mehrheit zu sein! Mit bestem Dank und in Vorfreude auf weitere Zusammenarbeit und Begegnungen mit Ihnen.
Ihre Parteipräsidentin

Fortsetzung von Seite 1
Christine Wirz-von Planta hat eine starke künstlerisch-kreative Seite. In Bild, Wort und Schrift. Ist Politik da nicht ein Widerspruch? Nein, schmünzelt sie, auch in der Politik ist Kreativität gefragt. Wir können ihr nur dankbar sein, dass sie Politikerin und nicht Künstlerin geworden ist. Ihre Familie hat auf manches verzichten müssen. Mittagessenszeiten waren manchmal sehr flexibel, ihre Tochter hat sogar einmal von der Grossrats-Tribüne heruntergerufen, dass sie jetzt ihr Taschengeld brauche. Aber ihre Familie hat sie immer unterstützt. Gezeigt hat sie das, als sie alle mit Blumen in den Händen im Rathaus-Hof, nach der letzten Grossratssitzung, auf ihre Gattin, Mutter und Grossmutter gewartet haben. Uns fällt der Abschied schwer. Christines Familie, vor allem ihre sieben Enkelkinder, freuen sich auf viel Zeit und Abenteuer mit ihr. Von Christine Wirz-von Planta habe ich viel gelernt. In Vielem ist sie mir Vorbild. Vor allem in ihrer grundpositiven Lebenshaltung, neugierig zu bleiben und sich lieber über Gutes zu freuen als über Schlechtes zu ärgern. Ich bin mir als ihr Nachfolger im Fraktionspräsidium bewusst, dass sie die Latte hoch gehängt hat. Und ich bin dankbar, dass sie uns, die LDP, und mich persönlich auch weiterhin mit ihrer grossen Erfahrung, mit Rat und Tat unterstützen wird.
Fraktionspräsident
Michael Koechlin

Der Kandidat erklärt sich: Die Fussstapfen sind gross - doch ich bin bereit

Die Nomination als Regierungsratskandidat der LDP ist eine grosse Ehre für mich. Und eine grosse Herausforderung. Mit Christoph Eymann stellt die LDP einen Basler Regierungsrat von nationalem Format. Ihm ist es in seiner Amtszeit gelungen ist, die Qualität unserer Schulen massiv zu verbessern und unsere Universität wieder international als Spitzenhochschule zu positionieren. Um in seine Fussstapfen als LDP-Regierungsrat zu treten, braucht es eine gewisse Schuhgrösse und jedenfalls sehr gute Schuhe. Ich fühle mich nach zehnjähriger Berufstätigkeit und vielen Jahren im Grossen Rat bereit, dem anspruchsvollen Amt des Regierungsrats gerecht zu werden.

Das Vertrauen, das die Mitglieder der LDP mit der Nomination in mich setzen, motiviert mich enorm. Ich werde mit voller Kraft

in einen intensiven Wahlkampf einsteigen, um den LDP-Sitz zu verteidigen und die bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat

zurückzuholen. Basel steht in den nächsten Jahren vor grossen Herausforderungen. Ein neues bürgerliches Regierungsteam



sollte den Fokus besonders auf folgende Aspekte lenken:

1. Unsere Bildungseinrichtungen weiter stärken: Wir alle kennen den Satz „Bildung ist unser einziger Rohstoff“. Er ist wahr. Unsere Schulen und unsere Universität müssen zu den Besten gehören, damit die junge Generation gute Chancen hat.
2. Sorgfältig mit dem Geld umgehen: Basel geht es zurzeit sehr gut. Die Steuereinnahmen sprudeln nur so. Das wird nicht immer so bleiben. Es kommen unvermeidlich wieder magere Jahre. Deshalb müssen wir jetzt besonders

sorgfältig mit dem Geld umgehen. Wenn viele Steuern fließen, soll der Staat deswegen nicht einfach mehr ausgeben. Sonst müssen wir Schulden machen, wenn die Einnahmen zurückgehen. Es ist die Verantwortung der Politik, dass sie künftigen Generationen möglichst wenig alte, aber schon gar keine neuen Schulden hinterlässt.

3. Die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn verbessern: Basel-Stadt ist so klein, dass wir besonders angewiesen sind auf unsere Nachbarn. Die Zusammenarbeit mit Basel-Landschaft, aber auch mit Aargau und Solothurn, muss intensiver werden. Und Zusammenarbeit darf nicht an der Landesgrenze aufhören.
4. Gut mit dem knappen Raum umgehen: In Basel-Stadt gibt es zu wenig Wohnungen. Wir müssen den Grundeigentümern Möglichkeiten geben, gute Wohnbauten zu realisieren - ohne dass unsere Stadt zugebaut wird und ohne dass

das Gewerbe verdrängt wird. Die ideologischen Verkehrskämpfe der letzten Jahre gilt es endlich zu überwinden: Basel braucht eine lebendige Innenstadt. Das geht nur mit guten Parkmöglichkeiten und einer echten Aufwertung der autofreien Zonen, nicht mit zusätzlichen Verkehrsschildern.

5. Sinnlose Regelungen vermeiden: Die Politik hat die Tendenz immer mehr und detailliertere Vorschriften zu erlassen. Der Staat muss aber nicht in alle Lebensbereiche eingreifen, sondern nur dort, wo es ihn braucht. Bei jeder neuen Vorschrift ist genauer zu prüfen, ob sie wirklich nötig ist. Und bei bestehenden Vorschriften ist regelmässig zu fragen, ob es sie immer noch braucht. Nur so können Auswüchse vermieden werden - wie die geplanten Parkgebühren für Motorroller oder die neue Pflicht, eine Schenkung von 500 Franken an die eigenen Kinder dem Staat melden zu müssen.

Im Regierungsrat will ich als LDP-Vertreter meinen Beitrag leisten, damit Basel-Stadt diese und andere Herausforderungen erfolgreich meistert. Ich werde auch in der Exekutive meine Positionen klar und offen vertreten. Dabei weiss ich, dass es in der Politik darum geht, Lösungen zu finden, die eine Mehrheit überzeugen, die sich umsetzen lassen und auch berechnete Anliegen von Minderheiten berücksichtigen. Mir ist es wichtig, dass die Politikerinnen und Politiker nicht in einem „geschlossenen System“ leben, sondern sich immer wieder überlegen, wofür sie eigentlich gewählt sind. Mein Credo ist das folgende: Ein gut funktionierender Kanton soll Rahmenbedingungen setzen, Chancengleichheit ermöglichen und sich um Menschen in Not kümmern. Der Staat darf sich aber nicht in jedes Detail des Zusammenlebens einmischen und soll den Menschen möglichst viele Freiheiten lassen. Ich finde es wichtig, dass diese



liberalen Werte im Regierungsrat nicht nur weiterhin vertreten sind, sondern die Mehrheit stellen. Mit Baschi Dürr, Lukas Engelberger und Lorenz Nägelin darf ich auf einem „Vierticket“ kandidieren, das sich als Team versteht und für die Herausforderungen des Amtes gut gerüstet ist. Mit vereinten bürgerlichen Kräften und Ihrer Unterstützung wird uns vier zusammen die Wahl gelingen.

RR-Wahlen 2016: Ein neues Team für Basel-Stadt



In der nächsten Legislaturperiode wird die Grundlage für die 2020er Jahre gelegt. Das neue bürgerliche Regierungsteam mit Conradin Cramer, Lukas Engelberger, Lorenz Nägelin und Baschi Dürr (hier an der Medienkonferenz mit den Parteipräsidenten) als Kandidaten für den Regierungsrat bietet Basel-Stadt neue Akzente. Dieses Team setzt sich dafür ein, Fortschritt und Innovation noch mehr zu fördern, bestmögliche Rahmenbedingungen für die Industrie und die KMU-Wirtschaft zu ermöglichen und Bevölkerung und Wirtschaft vor unnützen Regeln, Vorschriften und Gebühren zu befreien. Die Bürgerlichen wollen den Baslerinnen und Baslern ihr Leben nicht vorschreiben. Aber: Der Rechtsstaat ist nicht verhandelbar. Die persönliche Integrität und der Schutz des Privateigentums sind zentrale Rechtsgüter und Bedingung gerade einer offenen Gesellschaft. Die Bürgerlichen verlangen von den politischen Mitbewerbern, dass sie sich diskussionslos hinter den Rechtsstaat stellen. So wenig sich der Staat in alles einmischen soll, so wenig dürfen rechtsfreie Räume geduldet werden. Sorgsamer Umgang mit den Staatsfinanzen: Die hohen Steuereinnahmen führten zu hohen Überschüssen in der Staatsrechnung. Die erarbeiteten Erfolge gilt es sorgfältig zu nutzen, um Basel noch attraktiver zu machen. Handlungsbedarf besteht vor allem für mittelständische Familien. Nur wenn Basel auch für den Mittelstand und Wohlhabende attraktiv wird, vermag der Sozialstaat auch im nächsten Jahrzehnt bezahlbar sein.

Die neuen Gesetze für BKB und BVB: Verantwortung klar definieren!

Wer ist Wer und Wer macht Was? Um diese Frage geht es letztlich bei den zur Abstimmung kommenden Gesetzen für die Basler Verkehrs-Betriebe und die Basler Kantonalbank. Es geht darum, klare Verantwortlichkeiten und ebensolche Strukturen zu schaffen. Beide Vorlagen verdienen ein Ja.



von Michael Koechlin, Grossrat und Fraktionspräsident der LDP

Beide Unternehmen, sowohl die BVB wie die BKB, gehören dem Kanton, beide sind in jüngerer Vergangenheit in die Schlagzeilen, leider in die negativen, geraten. Beide haben aus Fehlern gelernt, beide sind heute auf gutem Weg. Für beide Unternehmen hat der Grosse Rat neue Gesetze erlassen, gegen beide Gesetze wurde das Referendum ergriffen. Gegen BVB von Links, gegen die BKB von ..., nun, lassen wir das. Jedenfalls dürfen wir am 5. Juni über beide Gesetze abstimmen.

Entpolitisierte Strukturen schaffen

Um was geht es? Im Wesentlichen bei beiden um dasselbe:

Nämlich darum, klare Strukturen zu schaffen, die Führungsgremien zu entpolitisieren und zu professionalisieren, und die Verantwortung ohne Wenn und Aber dem Eignervertreter, das heisst dem Regierungsrat, zu übertragen.

Zeitgemässe Richtlinien

Dazu kommt die Verpflichtung auf zeitgemässe Public Corporate Governance Richtlinien, und bei der BKB das Verbot risikoreicher Geschäfte sowie die Beschränkung der Staatsgarantie auf das Stammhaus der BKB. Der Bankrat der BKB wird konsequenter Weise neu vom Regierungsrat gewählt. Der Verwaltungsrat der BVB ebenso,

dort mit Ausnahme der Vertretung des Personals sowie der BLT. Welche Leistungen und wie die beiden Unternehmen diese für den Kanton erbringen sollen, wird in öffentlichen Eignerstrategien formuliert. Was bleibt, ist die Oberaufsicht durch den Grosse Rat. Die BKB steht dazu unter der Aufsicht der FINMA, der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht. Im BVB Verwaltungsrat und im BKB Bankrat werden also keine Grossrätinnen und -räte mehr sitzen, die dann von ihren Ratskolleginnen und Kollegen beaufsichtigt werden sollen.

Chance, Defizite zu beseitigen

Das Fehlen klarer Strukturen, eine teilweise mangelhafte Qualifikation in den strategischen Führungsgremien und eine unscharf definierte Verantwortungslage haben zu den erwähnten Problemen der beiden Unternehmen beigetragen. Jetzt haben wir die Chance, gravierende Defizite zu beseitigen und geben den beiden Unternehmen die gesetzliche Grundlage, sich optimal weiter zu entwickeln.



Ich habe Vertrauen in die Mehrheit unsere Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, dass sie die Notwendigkeit, den Sinn und den Nutzen dieser Gesetzesrevisionen erkennt, und sich weder durch linksgrüne Sozialromantik noch durch wirre Weltverbesserer-Argumente täuschen lässt, sondern diese beiden Gesetzesänderungen mit einem klaren Ja annimmt.

AUE-Neubau: eher Nein

Der Grosse Rat hatte 16 Mio. Fr. für einen Neubau des Amtes für Umwelt und Energie (AUE) gegenüber dem Spiegelhof bewilligt. Gegen dieses „Luxus-Prestigeprojekt“ ergriffen FDP und SVP das Referendum. Sie begründet den Widerstand mit den hohen Kosten und damit, dass das AUE an seinem bisherigen Standort in Kleinhüningen bleiben soll. Die LDP-Fraktion hatte dem Projekt mehrheitlich zugestimmt, auch wenn die Kosten doch Stirnrundeln verursacht hatten. Ausschlaggebend war der neue Standort, der für eine andere Nutzung kaum attraktiv gewesen wäre, und die Überlegung, dass das Projekt ökologisch einen „Leuchtturm“ darstellt. Wer, wenn nicht das AUE, wäre prädestiniert für ein solches Vorzeigeprojekt. Mittlerweile mehren sich aber die Stimmen, dass es mit den ökologischen Vorteilen gar nicht so weit her ist. Weiter befremdet die hohe Zahl an vorgesehenen Arbeitsplätzen „auf Vorrat“. Man hätte sich bei beiden Themen bessere Lösungen vorstellen können. Fraktion und Vorstand sind deshalb sehr offen und können sich Zustimmung, aber - vielleicht eher sogar - ein Nein als Parole vorstellen. Die Entscheidung bleibt bei der Parteiversammlung.



Nominationsversammlung vom 8. März: Grosser Andrang und klare Wahl

Bis auf den letzten Platz gefüllt war der „Schlüssel“-Saal bei der Nominationsversammlung für die Regierungsratswahlen. Wie ein Mann - oder eben eine Frau - stellten sich die Mitglieder hinter die Kandidatur von Conradin Cramer, auch wenn logischerweise viele bedauernde Stimmen anmerkten, dass auch Patricia von Falkenstein eine herausragende Kandidatin gewesen wäre. Diskussionen provozierte erwartungsgemäss die Frage eines Zusammengehens mit ALLEN bürgerlichen Parteien. Die pragmatische und einzig erfolgsversprechende Lösung eines Vierertickets mit CVP, FDP und SVP setzte sich aber klar durch. Einige Impressionen unter dem Motto „Die LDP steht zusammen“ nachfolgend (Fotos: Lucian Hunziker):



Milchkuh-Initiative: Wohin geht künftig die Milch?

Die „Initiative für eine faire Verkehrsfinanzierung“ – auch Milchkuh-Initiative genannt – verlangt, dass sämtliche Einnahmen des Bundes aus dem Strassenverkehr nur für Ausgaben im Strassenverkehr verwendet werden dürfen. Heute geht ein Teil in die allgemeine Staatskasse - dort würden die Mittel nach Annahme der Initiative schmerzlich fehlen. Das Parlament ist den Initianten mit dem NAF sehr entgegengekommen. Die Initiative ist spätestens damit nicht mehr nötig. Der Vorstand der LDP empfiehlt denn auch ein NEIN zum Begehren.



von Heiner Vischer, Grossrat und Vizepräsident der Umwelt- und Verkehrskommission (UVEK) des Grossen Rates

Heute fliessen ungefähr 50% dieser Abgaben von rund 9 Mia. CHF – das sind in der Hauptsache Erträge aus der Mineralölsteuer und die Nationalstrassenabgabe – in den Strassenverkehr zurück, während die anderen 50% für andere Staatsausgaben verwendet werden (zB. 400 Mio. CHF in die Bildung und Forschung, 200 Mio. CHF in die Landwirtschaft und 150 Mio. CHF für den ÖV). Würde die Initiative angenommen, würden sich die Mittel für den Strassenverkehr von CHF 3.7 Mia. CHF auf 5.2 Mia CHF, also um 1.5 Mia. CHF erhöhen. Die Initiative verlangt im weiteren, dass eine Einführung oder Erhöhung von strassenverkehrsrelevanten Steuern, Abgaben oder Gebühren in jedem Fall dem fakultativen

Referendum unterstellt werden soll.

Argumente der Befürworter

- Da nur 30% der Steuern und Abgaben auf den Mineralölprodukten direkt in den Strassenunterhalt fliessen, besteht eine Zweckentfremdung, die mit der Initiative rückgängig gemacht werden soll.
- Die demokratischen Rechte sollen bei einer Erhöhung der Abgaben gesichert werden.
- Da das Nationalstrassennetz an seine Kapazitätsgrenze stösst, sind weitere Geldmittel zum Ausbau dringend nötig.
- Für dezentrale Orte ist der Individualverkehr besonders wichtig und entsprechend auf

eine gute Strasseninfrastruktur angewiesen.

Argumente der Gegner

- Die Strassenverkehrsabgaben sind in den letzten Jahrzehnten faktisch gesunken: Die Mineralölsteuer wurde zum letzten Mal 1993 und der Mineralölzuschlag 1974 erhöht. Dank effizienterer Autos sinken der Verbrauch und die damit verbundenen Abgaben.
- Mineralölsteuer, Mineralölsteuerzuschlag, Nationalstrassenabgabe und Schwerverkehrsabgaben sind im Gesetz geregelt und die Festschreibung eines Referendumszwangs ist deshalb unnötig.
- Die Gefahr ist gross, dass Randregionen durch die ausbleibende Finanzierung keine Anbindung mehr an das ÖV Netz erhalten.
- Die Gefahr ist gross, dass die Kürzungen in der Bildung, der Landwirtschaft und beim ÖV zu massiven Problemen führen würden.
- Der Bundesrat hat zu Handen des Parlamentes den „neuen



Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds“ (NAF) unterbreitet, der jährlich rund 800 Mio. CHF für das Strassennetz zur Verfügung stellen würde und zudem 400 km Kantonsstrassen in das Nationalstrassennetz aufnimmt. Der Ständerat hat bereits zugestimmt, und für den Nationalrat wird auch ein positives Resultat erwartet.

Sowohl der Bundesrat als auch der Nationalrat (mit 2/3 Mehrheit), der Ständerat (mit 3/4 Mehrheit) die FDP, die CVP und sämtliche Kantone lehnen die Initiative klar ab. Einige prominente Mitglieder des Initiativkomitees haben sich abgewandt, nachdem der Ständerat dem NAF zugestimmt hat.

Ausgewogenes Modell - unterstützt durch NAF

In der Tat ist das jetzige Finanzierungsmodell ausgewogen und wird durch den NAF gerade für Strassenbelange unterstützt da mehr Kantonsstrassen durch den Bund unterhalten werden. Es ist auch fraglich, ob die Kantone die zusätzlichen Geldmittel aus der Mineralölsteuer und den anderen Abgaben überhaupt sinnvoll einsetzen könnten, da ihre eigenen Mittel für den Strassenunterhalt meist zweckgebunden sind. Schliesslich beabsichtigt der Ständerat als Erstinstanz den zweckgebundenen Anteil aus der Mineralölsteuer in einem ersten Schritt auf 55% und in einem zweiten auf 60% Prozent zu erhöhen, was ebenfalls weitere Geldmittel verfügbar machen wird.



Asylgesetzrevision: Ja zu beschleunigtem Verfahren

In einem deutlich rascheren, aber rechtsstaatlich fairen Asyl-Verfahren soll in Zukunft geklärt werden, wer ein Bleiberecht hat und wer zurückgeschickt werden kann. Es ist im Sinne der Schweiz und der Asylsuchenden, wenn rasch Klarheit geschaffen wird. Die Gesetzesänderungen verdienen trotz einiger „Kröten“ ein Ja.



von Grossrat André Auderset

Das Asylverfahren soll beschleunigt werden, vor allem durch Verkürzung der Fristen und dadurch, dass alle Verfahrensbeteiligten - Verfahrensleiter, Rechtsvertreter, Richter und die Antragsteller selbst - unter einem Dach vereinigt sind. Die Asylsuchenden werden während des ganzen Prozesses in Bundeszentren zusammengefasst, so dass sie für Befragungen etc. immer zur Verfügung stehen und im Falle eines negativen

Entscheids weniger leicht untertauchen können, wie dies heute leider häufig geschieht.

„Gratisanwalt“ mit Vor- und Nachteilen

Von der SVP, die sich praktisch im Alleingang gegen die Revision stellt und auch massgeblich das Referendum organisiert hat, wird vor allem der „Gratisanwalt“ ins Zentrum der Kritik gestellt. Sozusagen als Gegengewicht zur Verkürzung der Fristen wird den Asylsuchenden für die gesamte Verfahrensdauer ein Rechtsvertreter zur Seite gestellt. Dieses Privileg mag auf den ersten Blick befremden, hat aber durchaus seine Vorteile auch für das Verfahren

und seine Länge. Heute müssen nämlich die Rechtsvertreter jeweils vorgängig aufgeboten werden, was oft zeitraubend und verzögernd wirkt. Mit dem revidierten Gesetz sind sie dauernd vor Ort, genauso wie etwa die Dolmetscher.

Schon heute steht den Asylsuchenden vor Gericht ein Rechtsbeistand zur Verfügung, und auch heute wegen meist mangelnder eigener Mittel umsonst. Die Ausweitung bereits auf den Verfahrensbeginn wirkt da kaum kostentreibend, aber wohl beschleunigend.

„Kröte“ Enteignung

Eher unschön ist die in der Gesetzesänderung ebenfalls ent-



haltene Möglichkeit des Bundes, für die Bundeszentren Gebäude und Flächen enteignen zu können. Das Mitspracherecht der Gemeinden wird damit untergraben und auch Hausbesitzer fürchten um ihr Eigentumsrecht. Es sei aber darauf hingewiesen, dass dieses Enteignungsrecht (das z. B. die Armee heute schon besitzt, aber nie angewendet hat) wohl sehr zurückhaltend und nur als ultimo ratio angewendet werden wird.

PID zum zweiten: Auch das Gesetz verdient ein Ja

Sehr deutlich war das Verdikt, mit dem sich der Souverän auch im vergangenen Jahr positiv zu einem Verfassungsartikel zur Präimplantationsdiagnostik geäussert hatte. Die damaligen Gegner haben aber nicht aufgegeben und nun auch das Referendum gegen das Ausführungsgesetz ergriffen. Dieses Gesetz verdient ein Ja, genauso wie die Verfassungsgrundlage.



von Dr. med
Silva Keberle

Letzten Juni hat das Schweizer Volk dem Verfassungsartikel zugestimmt, dank dem nun auch in der Schweiz die Präimplantationsdiagnostik PID durchgeführt werden kann – will heissen, dass Eizellen, die ausserhalb des Mutterleibs befruchtet worden sind, auf schwere genetische Defekte und Krankheitsrisiken untersucht werden können, bevor es zu einer Schwangerschaft kommt. Die PID soll nur in zwei Fällen erlaubt sein: für Paare, bei denen das Kind eine schwere Erbkrankheit bekom-

men könnte, und für Paare, die auf natürlichem Weg keine Kinder bekommen können und sich für eine künstliche Befruchtung entschieden haben. Dank der PID wird vermieden, dass erst in der Schwangerschaft untersucht werden darf, ob das Kind eine schwere Erbkrankheit hat und sich die Eltern unter Umständen zu einer Abtreibung entschliessen müssten. Bei der PID dürfen pro Behandlungszyklus maximal zwölf Embryonen entwickelt werden. Ein einzelnes Embryo wird in die Gebärmutter eingepflanzt, die anderen werden für einen allfälligen nächsten Versuch eingefroren, falls es nicht zur Schwangerschaft kommt. So kann die Zahl von Zwillingen und Drillingschwangerschaften reduziert werden, die ein gesundheitliches Risiko für Mutter und Kind darstellen.

Zum bereits beschlossenen Verfassungsartikel braucht es nun noch das entsprechende Gesetz – das neue Fortpflanzungsmedizinengesetz. Hier werden die Bestimmungen definiert, wie der Verfassungsartikel zur PID im Detail umgesetzt werden darf. Diese Bestimmungen sind ausgewogen und vernünftig:

- Sie gestatten weder eine Selektion von Embryos nach Geschlecht oder anderen körperlichen Merkmalen (keine Designer- oder Retterbabies).
- Die PID kommt nur bei schwersten Gendefekten oder anderen Erbkrankheiten zum Zug, z.B. bei solchen, die zum sicheren Absterben des Fötus führen würden, oder aber z.B. bei Verdacht auf vererbliche schwere Stoffwechsel- oder Muskelkrankheiten.
- Ganz wichtig ist, dass Paare

mit unerfülltem Kinderwunsch die PID ebenfalls in Anspruch nehmen können, um z.B. eine Trisomie 21 (Down Syndrom) auszuschliessen. Andernfalls würde diese Abklärung – so ist es heute – erst in der bestehenden Schwangerschaft durchgeführt, eine hohe Belastung für Mutter und Kind. Mit dem neuen Gesetz gibt es also weder „Lebendversuche“, noch eine Diskriminierung von Behinderten, noch werden Embryonen „hergestellt“, um sie dann gedankenlos zu vernichten. Mit diesen Schlagworten wehren sich die Initianten des Referendums gegen das neue Fortpflanzungsmedizinengesetz. Sie schießen aber auf das falsche Ziel. Es geht bei der PID um moderne, ethische Medizin und um Hilfe für Paaren, die sich ein gesundes Kind wünschen.

«Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»: Ein „fauler“ Gesellschaftsvertrag

Es wäre zu einfach die intensiv diskutierte Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen bloss als linkes Hirngespinnst abzutun und entsprechend unbeachtet ein Nein am 5. Juni in die Urne zu legen. Trotzdem bleibt die Frage: Sollen auch diejenigen eine Leistung bekommen, die nichts geleistet haben? Ich beantworte diese Frage mit Nein!



von
Lukas Hug,
Vorstand
Jungliberale

Tatsächlich lockt die schon seit längerem unter Ökonomen, Soziologen und Politikern diskutierte Utopie mit diversen Vorzügen. Unter Befürwortern solcher Ideen reihte sich unter Anderen Martin Luther King Jr. ein, und spätestens seit Milton Friedman Ende der 60er Jahre eine negative Einkommenssteuer einführen wollte, ist die Thematik Teil des Diskurses rund um die Konzeption des Gesellschaftsvertrags. Dieser beflügelnden Idee nahmen sich die Initianten an,

um „das Schweizer Volk aus den Ketten des Kapitals zu befreien und der drohenden Arbeitslosigkeit durch die Technologisierung Einhalt zu gebieten“. Wichtig ist zudem, dass man der Initiative gewisse liberale Züge nicht absprechen kann, weil sie die Freiheit der Bürger stärkt bzw. stärken könnte.

Umfassende Existenzsicherung für alle?

Durch die Bezahlung eines monatlichen Salärs, welches im Initiativtext zwar nicht spezifiziert ist - jedoch von den Initianten auf 2500 Franken vorgeschlagen wird - soll eine umfassende Existenzsicherung für jedes Gesellschaftsmitglied gewährleistet werden und zusätzlich entfallen komplexe Sozialleistungsmechanismen.

Entkoppelung von Lohn und Arbeit?

Einen zentralen Gedanken der Initiative stellt die Entkoppelung von Arbeit und Lohn dar und setzt somit einen klaren Fokus auf die Tätigkeit jedes Einzelnen, welche idealerweise intrinsisch und nicht bloss monetär motiviert sein sollte. Dies führt in der Folge dazu, so zumindest in einer idealen Welt, dass sich Einzelne dem ökonomischen Zwang entziehen können, um ihre gewonnene Zeit für die Förderung von Innovation (Startups), Kunst und Kultur einsetzen können. Das Rationale hinter der Idee geht in Richtung eines „Risiko-kapitals“ für das Volk. Und hier stellt sich die Frage, ob das Menschenbild das die Initianten Ihrer Idee zugrunde legen, mit

der Realität übereinstimmt. Die Antwort findet sich wohl relativ deutlich in der medialen Inszenierung der Initianten – etwa mit goldenem Tesla oder acht Millionen „Fünfräppler“ auf dem Bundesplatz.

Zu optimistisches Weltbild

Auch sonst basiert die Utopie eines bedingungslosen Grundeinkommens auf einem zu optimistischen Menschenbild. Während klassische Ökonomen annehmen würden, dass jedes Gesellschaftsmitglied trotz Gratis-Geldes arbeiten würde, um seinen individuellen Nutzen zu maximieren, ist anzunehmen, dass sich einige anders verhalten werden. Sie werden weder ein Start-up gründen, noch beginnen Geige zu spielen oder sich sozial zu engagieren. Sie machen nichts.

Kein Ersatz für Sozialnetz

Hinzu kommt, dass Einige auch mit der scheinbar gesicherten Existenz, also 2500 Franken im Monat, trotzdem in finanzielle Not geraten werden. Und wieder müssten die Sozialnetze, welche die Initiative ja eigentlich abschaffen möchte, zum Zug kommen. Die Schweiz ist stark von Individualismus geprägt, weshalb bei solchen „One-Size-fits-all“-Konzepten Vorsicht geboten ist.

Dazu kommt, dass besonders in der Schweiz, gute Ideen auch Kapital finden. Es existieren hier äusserst viele Stiftungen und Fonds welche diese Aufgabe – ohne Anreizverzerrung – optimaler vornehmen. Kurzum: sofern das bedingungslose Grundeinkommen überhaupt finanziert werden kann, so sollten wir uns ganz generell die Frage stellen: Können wir einen Anspruch auf eine Leistung haben für welche wir nichts geleistet haben?

Ich denke dies ist ein fauler Gesellschaftsvertrag. Jene, die die Leistung bezahlen müssen, werden in der Folge auf Ihrer eigene Weise abstimmen – nämlich mit den Füßen. Und während die einen gehen, werden andere kommen – fragt sich nur mit welchen Motiven.

Und wieder waren die Osterhasen unterwegs



Alle Jahre wieder... verteilt die LDP feine Schoggiosterhäsl. Herzlichen Dank an all unsere Mitglieder, die in der Freien Strasse die Schoggi unter die Leute gebracht haben, v.l.n.r.: Andrea Schotland, Martin Wieser, Franca Gütte, Benjamin Grob, Sherlyn Kirchofer, Adrienne Strahm, Michael Wieser und Nicole Strahm.

Volksinitiative «Pro Service public»: Lediglich gut gemeint

Die Initiative tönt vom Titel her verlockend. Sie ist aber eine Mogelpackung und ein Etikettenschwindel. Eine Annahme würde die heute gute Grundversorgung schwächen, die unternehmerischen Freiheiten der anbietenden Unternehmen massiv beschränken sowie Bergregionen und ländliche Gebiete benachteiligen. Darum: ein klares Nein!



von Philip Karger, Vorstand LDP

Tatsächlich spricht die Initiative einige Punkte an, die durchaus diskussionswürdig sind. Die Initianten haben aber ein Paket von Forderungen geschnürt, die sehr weit auseinander liegen und erklären nirgends, wo sie die Gelder für die teuren Lösungen hernehmen wollen.

Trennung Grundversorgung - Dienstleistungen

Der Initiativtext fordert eine Änderung der Bundesverfassung mit einem neuen Abschnitt 43b: Dazu heisst es unter 3. „[...] insbesondere grenzt es die Grundversorgungsleistungen von den übrigen Leistungen ab [...]! Es wird also – durchaus im liberalen Sinn – eine Trennung der Grundversorgung von den Dienstleistungen verlangt. Dies darf aber nicht dazu führen, dass die Grundversorgung, also das Transport- und das Kommunikationsnetz voll verstaatlicht werden. Es ist auch nicht sinnvoll, dass der Staat allen Dienstleistern die gleichen Leistungen

zu gleichen Bedingungen anbieten muss. Wenn man die heutigen öffentlich-rechtlichen Betriebe wie Post und SBB (und teilweise auch die Swisscom) massiv in ihren unternehmerischen Freiheiten beschränkt, führt dies kaum dazu, dass Dienstleistungen günstiger und besser angeboten werden können. Dafür steigt die Ineffizienz: Der Bund müsste zum Beispiel unrentable Poststellen und Busstrecken finanzieren.

Mit fordern allein ist es nicht getan

Alleine mit der Forderung nach einem starken „Service Public“ ist es also nicht getan. Die Initiative geht nicht genug ins Detail, sie ist schwammig formuliert und erklärt nicht wo die zusätzlichen Gelder für die umfassenden Lösungen herkommen sollen. Auch wenn der Service Public heute teuer ist und sich in den letzten Jahren verteuert, sind viele der Dienstleistung noch immer nicht kostendeckend. Einfach per Dekret eine Verbilligung zu fordern, ist unüberlegt und bringt keine Besserung. Es müsste dargelegt werden, wie die Defizite abgedeckt werden sollen. Das Motto der Initiative: „Service statt Profit“ bleibt eine lahme Aussage, es wird nirgends dargelegt wie



der Service verbilligt werden soll und wer für die entstehenden zusätzlichen Kosten aufkommt. All das sind Gründe warum alle Fraktionen in Bundesbern von Links bis Rechts geschlossen diese Initiative ablehnen.

Ein krudes Sammelsurium

Zu den einzelnen Forderungen: „JA zu einem starken Service Public“ tönt zwar gut bleibt aber eine leere Worthülse! Unter einem guten Service Public versteht jeder etwas Anderes. Leider fehlt hier eine genaue Definition was die Initianten unter Service Public verstehen. „Ja zu einer starken Post“ mit der Forderung nach einem flächendeckenden Netz wäre durchaus diskussionswürdig. Leider ist es aber eine von vielen Forderungen in einem Paket und kommt so nicht zum Tragen. „Ja zu einer starken Bahn“ möchte, dass sich alle Schweizerinnen und Schweizer immer und überall hin bewegen können. Das wäre unsinnig und vor allem unrentabel. Ökologischer und ökonomischer sind private und alternative Lösungen allemal. Mit dem Schlagwort „Nein zu Millionensalären für Manager“ verlangt die Initiative, dass das Volk bei den Löhnen bei SBB, Post, Swisscom mitreden kann. Eine solche Lohnkontrolle wäre vielleicht möglich gewesen, als diese Betriebe noch staatliche Betriebe waren. Heute sind das alles ausgegliederte Unternehmen und dadurch auch nicht staatlich – also auch nicht vom Volk – kontrolliert! Alles in allem: Die Initiative ein ist ein schwammiges Sammelsurium, dass zu wenig konkret ist. Dieses Fuder ist überladen!

Fasnacht = Weltkultur? Auch dank LDP möglich

Der Bundesrat hat entschieden, der UNESCO die Basler Fasnacht für die Liste des immateriellen Weltkulturerbes vorzuschlagen. Vorangegangen war die Einreichung eines umfangreichen Dossiers durch den Basler Regierungsrat - und diese Bemühungen wiederum wurden durch einen parlamentarischen Vorstoss der Liberal-Demokratischen Partei befördert. Entsprechend befriedigt zeigt sich die LDP, hätte sich allerdings gewünscht, dass man vor allem das Präsidialdepartement nicht derart „zum Jagen tragen“ musste. Anfangs schien nämlich seitens der Basler Verwaltung wenig Begeisterung, das Dossier mit Nachdruck gegenüber den Kulturbehörden des Bundes zu vertreten. Ein Schreiben des früheren Obmanns des Fasnachts-Comités, der davor warnte, diese einmalige Chance aus Untätigkeit zu verpassen, war dem Regierungspräsident nicht einmal eine Antwort wert. Bewegung kam erst in die Angelegenheit, als LDP-Grossrat André Auderset im Oktober 2013 mit einem parlamentarischen Vorstoss forderte, sich nun vehement in Bundesbern für die Sache einzusetzen. Der Regierungsrat bekräftigte die Absicht, sich anzustrengen, Auderset konnte seine Argumente in einem Gespräch mit dem Kulturbeauftragten des Kantons darlegen und das Vorgehen wurde mit dem Fasnachts-Comité koordiniert. In der Folge verfassten die Basler Behörden ein umfassendes Dossier inklusive Filmdokument und reichte dies in Bern ein. Dies hatte Erfolg: Der Bundesrat entschied sich, die Basler Fasnacht als zweites Kulturereignis der Schweiz nach dem Winzerfest in Vevey bei der UNESCO einzureichen. Diese wird nun über die Aufnahme ins Weltregister des immateriellen Kulturerbes zu entscheiden haben. Die LDP ist erfreut darüber, dass die Angelegenheit nun ein gutes Ende zu nehmen scheint. Sie ist auch etwas stolz, diese Entwicklung mit angestossen zu haben.



LDP Riehen/Bettingen: Jahresbericht 2015/2016: Team bilden und Schwung holen

Unser LDP-Mitglied im Gemeinderat, Christoph Bürgenmeier, die LDP-Einwohnerräte, die Fraktion und der Vorstand haben die Teambildung abgeschlossen. Mit vereinten Kräften hiess es in den letzten Monaten Schwung holen für die Parlamentswahlen in Basel-Stadt.



von David Schweizer, Präsident LDP Riehen/Bettingen

Im kommenden Herbst 2016 stehen die Regierungsrats- und Grossratswahlen an. Mit dem Riehener Dr. Conradin Cramer, der als Regierungsrat kandidiert, haben wir einen echten Spitzenkandidaten als Zugpferd.

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen. Die bereits frühzeitig eingesetzte Wahlkommission holt für die ersten Wahlen im Herbst 2016 kräftigen Anlauf, um für die Gemeinderats- und Einwohnerratswahlen Anfangs 2018 fit zu sein. Wir sind also schon mitten im Wahlkampf. Der Aufbau von frischen Köpfen als Parteivertreter in der Legislative und Exekutive ist eine unserer wichtigsten Aufgaben. Es geht darum, für die nächsten Riehener Wahlen, die für unsere Partei eindeutig richtungsweisend sein werden, geeignete Personen zu identifizieren und Sie für die angestrebten Ämter

und Aufgaben fit zu machen. Wir sind stolz darauf, dass wir stetig neue Mitglieder gewinnen, die sich auch für die LDP einsetzen. Es gibt darunter harte Arbeiter, die bereits in Positionen wirken und solche, die sich jetzt schon gut vorbereiten. An dieser Stelle danken wir unserer Fraktion und den Einwohnerräten, dass sie spürbar aktiver werden und Interpellationen und Anzüge einreichen. Als Vertreter einer liberalen bürgerlichen Politik ist die LDP Riehen/Bettingen auch Mitglied in der Gruppe „Bürgerliche Zusammenarbeit“, bestehend aus der LDP, FDP, SVP und CVP.

Diese Einheit arbeitet immer besser zusammen, was auch unsere bürgerlichen Anliegen zukünftig besser unterstützt. Jetzt gilt es, unsere Politik in die Öffentlichkeit zu tragen. Unsere Wahlkommission und der Vorstand kommunizieren mittlerweile auch in den sozialen Kanälen (Facebook) und wir sind damit beschäftigt, eine spezielle Wahlwebsite zu erstellen. Der Launch wird auf Facebook beworben. Folgen Sie uns auf www.facebook.com/ldprieihen. Der Vorstand dankt allen Mitgliedern, die der LDP zugewandt sind und bleiben. Speziellen Dank auch an alle Mitglieder, die unseren Wahlkampf mit Spenden unterstützen. Danke ebenfalls allen Mitgliedern, die sich als Vertreter der LDP in ihrem Amt als Gemeinde- und Einwohnerräte anstrengen und ihre Zeit opfern. Auf ein erfolgreiches 2016!

LDP-Podium beklagt Stolpersteine für Ältere und Behinderte in der Innerstadt



Ein hochkarätiges Podium diskutierte die Probleme für ältere und behinderte Menschen in der Innerstadt am 14. April im Altersheim zum Lamm: von links nach rechts: Balz Settelen, Pro Innerstadt; Peter Strub, Quartierverein Lääbe in der Innerstadt; Patricia von Falkenstein, Präsidentin Pro Senectute; Heiner Vischer, Grossrat LDP und Moderator; Martina Münch, Leiterin Stadtgestaltung Basel-Stadt; Georg Mattmüller, Geschäftsführer Behindertenforum Basel. Kritik geäussert wurde vor allem an den neuen Bodenbelägen. Speziell der Start mit den Quarzstein-Quadern aus Alpnach in der Grünpfahlgasse wurde als misslungen erachtet. Die Oberflächen seien rau und auch für gesunde Füsse sei das Gehen unangenehm. Das Gerbergässlein gleich um die Ecke wurde mit Wackeln besetzt und abgeschliffen. Für den über die Absicht nicht informierten Besucher ist die Bedeutung dieses Wechsels nicht einsehbar. Am Beispiel des Spalenbergs könne man sehen, dass jetzt Rollstühle mit einer Elektrohilfe von ihren Fahrern durchaus auch den steilen Berg aufwärts gefahren werden können. Wäre er durchgehend mit Bsetzi gedeckt, wäre das nicht möglich. Auch auf dem Münsterplatz hätte der Vertreter der Behindertenorganisationen lieber Asphalt vorgesehen. Weiter wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die behindertengerechte Gestaltung der Tramhaltestellen etwa auf dem Marktplatz mit 27 Zentimeter hohen Kanten grosse Probleme bringen dürfte, weil man dann Schwierigkeiten haben wird, auf die andere Seite zu kommen. Gefordert wurde, Trams müssten mit 15 statt 30 Kilometern wie heute fahren, damit auch weniger gehfähige Menschen die Trassees überqueren können. Sonst seien sie doppelten Gefahren ausgesetzt.

Jungliberale: Positiver Blick zurück – optimistisch voraus

Aus Sicht der Jungliberalen kann man positiv auf das letzte Jahr zurückschauen. So konnten wir viele Ideen und Projekte sichtbar in die Tat umsetzen. Mehr Mitglieder, viele Medienennungen, gute Wahlergebnisse und ein neues Logo sind dabei nur einige nennenswerte Ergebnisse. Und auch der Blick voraus ist ein optimistischer.



von Michael Hug, Präsident Jungliberale

Als am 17. April 2015 im Isaak die Generalversammlung stattfand, mussten wir zunächst den Abgang der zwei verdienstvollen Vorstandsmitgliedern Philip Schotland (ehmal. Präsident) und Daniel Knecht hinnehmen.

Auch ohne Quote: 50% Frauenanteil

Neu im Vorstand ist Martina Oetiker, welche unseren Vorstand auch ohne Geschlechterquote auf einen 50% Frauenanteil bringt. Der Rest des Vorstandes bleibt unverändert: Präsident Michael Hug, Vizepräsidentin Diana Blome, Kassier Lukas

Hug, Sekretär Remi Berger sowie die Beisitzer Adrienne Strahm, Benjamin Grob und Annina von Falkenstein.

Ein Ziel des vergangenen Jahres war es zu wachsen. Dazu wurde ein Stammtisch ins Leben gerufen. Seitdem weiss jeder Jungliberale, dass man sich jeden zweiten Donnerstag im Monat in einem Lokal trifft um Politisches, wie auch Persönliches zu diskutieren. Neben dem Stammtisch gab es auch im letzten Jahr tolle Mitgliederanlässe. So hatten wir im April eine Führung durch das Dreispitzareal, bei welcher wir uns im ehemaligen Gewerbe- und Industriegebiet Gedanken zur Stadtentwicklung machen konnten. Weiter fand in der Adventszeit der traditionelle Advänts-Gliehwy Anlass statt.

Unser Anteil am Erfolg bei den Wahlen

Politisch konnten die Jungliberalen zudem mehrfach auf sich aufmerksam machen. Dies war im Wahljahr wichtig, wollte man sich doch gegenüber 2011 steigern und die Mutterpartei und deren Kandidierende

unterstützen. Die Nationalratswahlen wurden nicht nur für die Mutterpartei ein Erfolg, sondern auch für die Kandidierenden Diana Blome, Michael Hug, Adrienne Strahm, Lukas Hug und Benjamin Grob. Alle fünf Vorstandsmitglieder konnten neben interessanten Erfahrungen auch ihren Bekanntheitsgrad für die kommenden Grossratswahlen steigern. Auch die Partei als solche konnte ihre Bekanntheit ausbauen, was vor allem vielen politischen Aktionen und der daraus resultierenden Medienpräsenz zu verdanken ist.

Bemerkenswerte Container-Aktion

Hervorzuheben ist sicherlich die Containeraktion, bei welcher wir einen 12 Meter langen Schiffscontainer vor die Universität Basel stellten (s. Foto unten), um Wohncontainer für Studierende nach dem Vorbild anderer europäischer Städte zu fordern. Oder auch unsere Postkartenaktion gegen den finanziellen Kahlschlag an der Universität, mit der wir einzelne bürgerliche

Landräte an ihre Bekenntnisse für eine gemeinsame Trägerschaft erinnerten. Berichte in allen regionalen Medien sowie etliche positive Feedbacks waren die Folge.

Auch als Erfolg zu werten ist das Zustandekommen der Unterschriften für die „Zweiradinitiative“, welche mit den anderen bürgerlichen Jungparteien zusammen die Parkgebühren für Roller verhindern will. Proaktiv haben wir uns auch bei der Unterschriftensammlung und der Mitorganisation für die Petition „Für ein junges, lebendiges Basel“ eingesetzt. Dabei konnten wir gute Kontakte zu anderen Jungparteien sowie Vereinen knüpfen, um fortan vermehrt gemeinsam, mit geeinten Kräften, Projekte zu verfolgen. Projekte die vor allem uns und die kommenden Generationen betreffen.

Auftritt professionalisiert

Neben den politischen Inhalten die sich auf unsere gesellschaftsliberale Grundeinstellung zusammenfassen lassen, haben wir auch unseren formellen Auftritt professionalisiert. Ein neues, zeitgemässes Logo und ein verstärkter Auftritt in den Social Media, in welchen wir mittlerweile über 300 interessierte Personen erreichen, machen uns vor allem bei unserer potentiellen Wählerschaft visibel. Abschliessend will ich noch einen kurzen Ausblick wagen. Wir werden im kommenden Vereinsjahr unsere bisherigen Projekte weiterverfolgen und uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass am Bildungsstandort Basel nicht gebastelt wird. Die Grossratswahlen gelten für uns als Orientierungspunkt und Ziel der letzten Jahre. Die Direktive ist klar: In jedem Wahlkreis soll mindestens ein Kandidat oder eine Kandidatin unter die ersten drei Nachrückenden gewählt werden. Wir werden dafür alles geben und freuen uns auf jede Unterstützung von der Mutterpartei und von den Wählerinnen und Wählern, die den angestrebten Generationenwechsel fördern.



Aus dem Grossen Rat: Unnötiges Dauerbasteln am Wahlgesetz

Obwohl das aktuell geltende Wahlgesetz bislang nur gerade eine Grossratswahl erlebt hat, wurde es in der April-Sitzung des Grossen Rates schon wieder massgeblich geändert. Nach einer etwas wirren Debatte und noch viel verwirrenderen Abstimmungskaskade beschloss eine Mehrheit gegen den Widerstand der Bürgerlichen, ab den Wahlen 2020 auf ein Quorum zu verzichten. Korrigieren kann diese unnötige Bastelei nur noch das Volk.



von Grossrat
André Auderset

Aufgrund der Ergebnisse der Grossratswahl 2012 verlangte eine Motion Arslan, es sei nun ein kantonales Quorum ins Wahlgesetz zu schreiben. Die Absicht war klar, mit dieser „Lex Weber/EVP“ sollte eine Wiederwahl des Ersteren verhindert und eine grössere Vertretung der auf ein Mandat geschrumpften EVP erreicht werden. Die Motion wurde an die Justizkommission überwiesen. Nach intensiven Beratungen in der Kommission und Information durch diverse Fachleute kam es bei den Beschlüssen zu einem regelrechten Trauerspiel. Links-Grün konnte sich nicht auf eine Form des Quorums einigen und setzte mit Mehrheitsbeschluss deshalb durch, es sei die Abschaffung jeglichen Quorums zu beantragen. Statt Sitzfolge von Spasslisten und Einzelkämpfern zumindest zu erschweren, wurde nun eine maximale Zersplitterung des kantonalen Parlaments vorgeschlagen - also genau das Gegenteil dessen, was die Moti-

onärin eigentlich gewollt hatte. Der bürgerlichen Seite blieb einzig, in einem Minderheitsbericht zur Zurückhaltung und zu Vernunft zu mahnen. Der Grosse Rat zeigte sich aber unbestechlich und nahm nichts an - nicht einmal Vernunft. Mit links-grüner Mehrheit plus Helferschaft der Grünliberalen wurde die Abschaffung des Quorums beschlossen. Immerhin soll die Hürde für Kleinst-, Spass- und Jux-Verbindungen erst auf die übernächsten Wahlen, also im Jahr 2020 fallen. In diesem Oktober wird nochmals nach heute geltendem Recht gewählt. Eine Partei muss also in dem Wahlkreis, in dem sie einen Sitz „machen“ will, mindestens 4% der Stimmen auf sich vereinigen. Die jetzt beschlossene Änderung des Wahlgesetzes ist schlicht falsch zu nennen. Wie LDP-Grossrat Conradin Cramer in der Debatte zu Recht betonte, ist ein Wahlgesetz nicht irgendein Nebenerlass, den man beliebig und kurzfristig ändert, sondern eine wichtige Grundlage des Staates, werden doch damit die Regeln festgelegt, nach denen das Parlament gewählt wird. Ein dauerndes Gebastel an diesen Regeln verunsichert die Wählenden und untergräbt ihr Vertrauen in die Institutionen.

Da die Änderung erst für 2020 gelten soll, hätte man auch problemlos die kommenden Wahlen abwarten können. Nun muss eben das Volk korrigieren; da es sich um eine Verfassungsänderung handelt, kommt es zu einer Abstimmung.

Auch kleine Sorgen sind Sorgen



Manchmal muss sich die Politik auch um kleinere Sorgen der Bevölkerung kümmern. So wurde der Kleinbasler Grossrat André Auderset von Nutzern der Claramatte gebeten, sich für die Behebung der dortigen WC-Misere einzusetzen. Die einzige vorhandene Anlage war nämlich mehrheitlich defekt, was zu starken Verunreinigungen geführt hatte. Dank des Vorstosses wurde die Toilette Ende März aufgestellt, so dass auf der Claramatte sauber in die neue Saison gestartet werden kann. Es soll nun aber nicht der Vorwurf kommen, die LDP kümmere sich um jeden S...

4010 Basel

PP

Liberal

Forum für liberale Politik
in der Region Basel

Mai 2016

Preis
Einzelpreis CHF 4.00,
Jahresabonnemnt CHF 18.00

Auflage
119'500 Exemplare
erscheint 4-6 Mal jährlich

Herausgeberinnen
LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion
André Auderset

Fotos
Lucian Hunziker, Ph. Karger

Redaktionsadresse
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43
andre.auderset@ldp.ch

Inserate
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43

Herstellung
Gremper AG, Basel/Pratteln

Denken Sie auch liberal?

- Ja, deshalb möchte ich Mitglied werden
- Ja, deshalb möchte ich mehr Infos über die LDP

.....
Name und Vorname

.....
Adresse

Bitte einsenden an die rechts angegebene Adresse der LDP-Geschäftsstelle oder via info@ldp.ch.